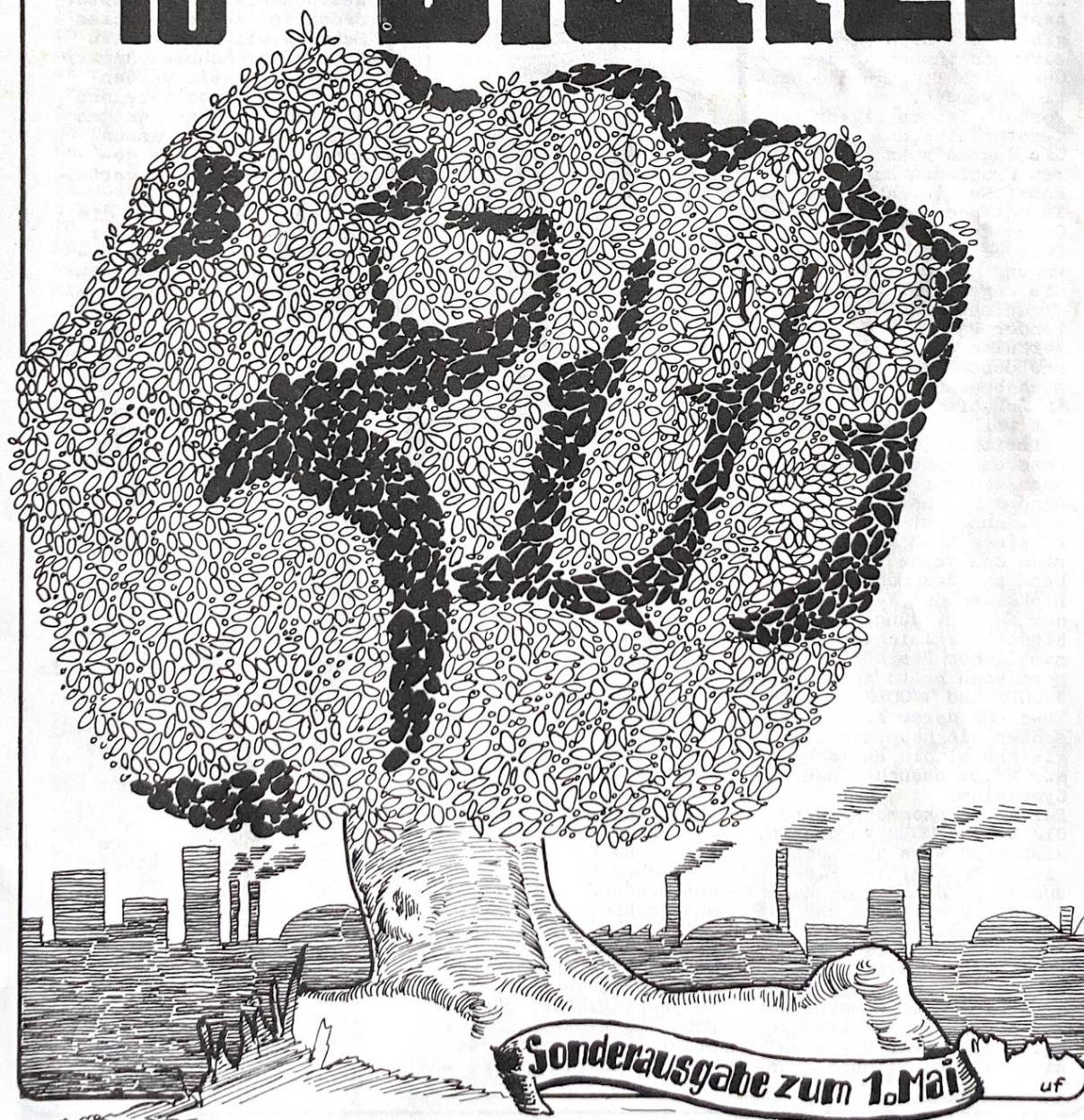


göppinger

Nr. 10 blätter



Beispiels der Deutschen Bundespost das unsinnige, auf kalte Berechnungen basierende Verhalten der Unternehmer darstellen. Im Fernmeldeamt Göppingen lernten auf Grund ihrer guten Leistungen vorzeitig ein großer Teil der Auszubildenden aus. Auch die Prüfung wurde ausgezeichnet bestanden. Aber anscheinend brauchte man keine Fernmeldehandwerker, sondern Postboten. Das Resultat: Übernahme ja - aber in den Postdienst. Spontane Aktionen der DPG konnten diesen Irrsinn verhindern. Was wäre passiert, wenn hier keine starke Organisation wäre? Wieder einmal ein recht deutlicher Beweis, daß solidarisches Handeln Unternehmerrmacht brechen kann.

Besonders hart stellt sich die Ausbildungssituation für die Mädchen dar. Um nur zwei Punkte aus dem Berufsbildungsbericht 78 zu nennen:

- der Anteil der Mädchen an den arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahren ist überproportional hoch. Er betrug Ende September 1977 60%.
- der Anteil der Mädchen an den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ist ebenfalls überproportional hoch. Er betrug 1976 knapp zwei Drittel, obwohl die Mädchen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse aufzuweisen hatten als die Jungen.

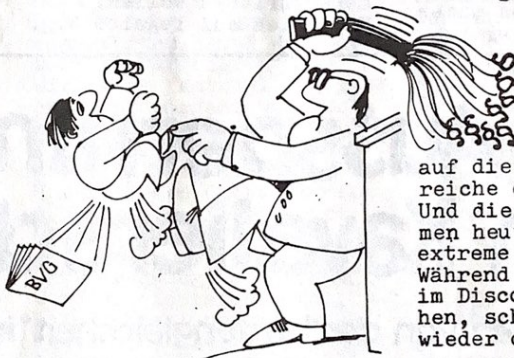
Diese zwei Aussagen zeigen recht deutlich, wie schwierig gerade für Mädchen die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz geworden ist. Es ist endlich an der Zeit, auch die Ausbildungsplätze die nicht als "frauentypisch" bezeichnet werden, Mädchen genauso anzubieten wie Jungen.

Es sieht fast so aus, daß diejenigen, die heute Ausbildungsplätze den Mädchen vorenthalten, die gleichen sind, die gestern noch von Frauen ihre Munition herstellen ließen.

Unsere Forderung ist eindeutig: Gleiche Chancen in allen Ausbildungsberufen für Jungen und Mädchen!

Berufsschulen

Manchmal als Randthema abgetan, aber meines Erachtens auch von großer Bedeutung sind die Berufsschulen. Gerade auch in Göppingen herrschen auf diesem Gebiet nicht gerade die besten Zustände. In abbruchreifen Gebäuden soll hier Unterricht gehalten werden. Lehrpersonal steht nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung. Die Folgen sind zu große Klassen, ausfallende Stunden und absinkende Qualität des Unterrichts. Die Schülervertretungen können ihr Amt oft nicht wahrnehmen, da sie oft mit Repressalien seitens der



Schulleitung und auch seitens der Geschäftsleitung im Betrieb zu rechnen haben. All diese widrigen Umstände verschlechtern in unnötigem Maße die Berufsausbildung.

Was wir brauchen sind: Zeitgemäße Räume, ausreichendes fachlich und pädagogisch geschultes Lehrpersonal, die volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an sämtlichen Schulen unseres Landes und uneingeschränkte Schülervertretungsarbeit.

Profitstreben contra Jugendarbeitsschutz

Vor einem Jahr, am 1. Mai 78 wurden die Mißstände im Hotel- und Gaststättengewerbe angeprangert. Ständige Verletzungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind heute genauso auf der Tagesordnung wie vor einem Jahr.

Durch eine bundesweite Aktion der DGB-Jugend wurden viele Verstöße aufgedeckt und beseitigt. Aber nach wie vor sind viele Unternehmer nicht bereit, die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes einzuhalten. Solange noch Unternehmer die Meinung vertreten, lieber ein Bußgeld zu bezahlen, dafür aber ihren Profit zu sichern, solange müssen wir täglich darum bemühen, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz eingehalten und verbessert wird. Denn soviel wissen wir schon längst: Unsere Arbeitskraft ist das einzige "Kapital" das wir besitzen. Und da wir vom Verkauf unserer Arbeitskraft leben, müssen wir versuchen sie möglichst lange zu erhalten.

All diese Probleme, die ich geschildert habe, wirken sich unmittelbar

auf die anderen Lebensbereiche des Menschen aus. Und diese Auswirkungen nehmen heute zum Teil recht extreme Formen an. Während die einen ihr Heil im Disco-Fieber suchen gehen, schließen sich andere wieder ominösen Sekten an.

Während in den Diskotheken alles Friede, Freude, Eierkuchen singt, werden junge Menschen von besessenen Gurus zu Grunde gerichtet. Während man die Jugend mit John Travolta berieselt, werden ihre Rechte als Arbeiter abgebaut. Man beschnüffelt Schüler und Lehrer und teilt Berufsverbote aus. Man hat uns in einen süßen Schlummer gewiegt, aus dem es endlich gilt aufzuwachen!

Viele Jugendliche haben inzwischen resigniert. und dann wundert man sich plötzlich, weshalb die Jugendkriminalität in erschreckendem Maße anwächst. Und dann geht man her, besser gesagt, die Landesregierung von Baden-Württemberg, und hat auch schon eine Lösung gefunden: die sogenannte Jugendpolizei. An Orten, wo sich besonders Jugendliche aufhalten, soll

len in Zivil gekleidete junge Polizisten auffassen, daß auch kein Überfall oder sonst ein Verbrechen geplant wird. Wir hätten einen besseren Vorschlag, als die inzwischen -leider- traditionsreiche Schnüffelpraxis unseres Muschterländles auszubauen.

Geht den Jugendlichen einen richtigen Ausbildungsplatz und Chancen für die Zukunft. Dann wird sich sicherlich manches Problem lösen.

Oder vielleicht gibt man den Jugendlichen endlich mehr selbstverwaltete Jugendhäuser, anstatt sie dann, wenn es zu spät ist, in ein Jugendgefängnis zu stecken. Sicherlich gibt es auch einige Jugendliche, die versuchen ihren Ärger gegen diesen Staat und diese Gesellschaft in einer an-

deren Art auszudrücken. Und oft gibt es dann Propheten, die mit überzeugendem Engagement den Weg aus diesem Chaos wissen. Und diese Leute haben auch verstohlene Vorbilder: die gehen von Hess über Kappler bis zum "Führer". Neonazis und Neofaschisten laufen öffentlich mit Hakenkreuzen und faschistischen Parolen durch unsere Städte, verschandeln Judenfriedhöfe, zertrümmern Gaststätten und Büros demokratischer Organisationen. Während Kundgebungen der -ser jungen und alten Nazis durch die Polizei geschützt werden, prügelt man friedliche Demonstranten nieder und sperrt Gewerkschaftler ein, die gegen solche Organisationen demonstrieren wollen. Und alles auf legalem Weg.

Wir haben von unseren Müttern und Vätern erfahren, was es bedeutet, in einem faschistischen Land zu leben.

Wir halten den Schwur:
Nie wieder Faschismus -
- Nie wieder Krieg !

Wenn man aufrechnen würde, was hat sich nun seit dem letzten 1. Mai geändert, würde man sicherlich auf verschiedene Punkte kommen. Eines hat sich auf alle Fälle gezeigt:

Wenn wir alle zusammenstehen, kann uns keiner was wollen !

Der 1. Mai war, ist und bleibt Kampftag aller Arbeiter in der ganzen Welt und in diesem Sinne werden wir unseren Kampf weiterführen.

Aussperrung - ein Kavaliersdelikt ?

Das Märchen von der „Waffengleichheit“ im Arbeitskampf.

von W A L T E R K U H N (2. Bevollmächtigter der IG Metall Göpp.)

Unternehmer und ihre Helfershelfer, vor allem in der bürgerlichen Presse, tun so, als ob es bei der Frage der Aussperrung um ein Problem des "Fairplay" in einem sportlichen Wettkampf gehe. Das Verbot der Aussperrung nehme ihnen die letzte Möglichkeit sich gegen "Übermächtige Gewerkschaften" zur Wehr zu setzen, argumentieren sie. Mit Begriffen, wie "Waffengleichheit" und dem drohenden oder schon bestehenden "Gewerkschaftsstaat", wird die Öffentlichkeit verunsichert und die Tatsachen werden auf den Kopf gestellt. Gleichzeitig wird noch so getan, als ob es sich bei der Auseinandersetzung um das Verbot der Aussperrung nur um ein rechtliches Problem gehe und die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen nur eine untergeordnete Rolle spielen würden.



„Genauere Messungen ergeben, daß die Waffen gleich lang sind!“

Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus?

Ich will versuchen, die Argumente der Gewerkschaften in 6 Punkten zusammenzufassen. Dabei wird jedem Leser deutlich werden, daß es bei dieser Auseinandersetzung in erster Linie um eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung geht, auch wenn teilweise versucht wird diese Fragen im rechtlichen Bereich zu lö-

sen. Aussperrung ist ein gesellschaftspolitischer Skandal und muß vor allem als solcher geächtet werden. Egal wie die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ausfällt, muß jedem deutlich werden, wer aussperrt, spielt brutal seine Machtposition gegen den wirtschaftlich Schwächeren aus und nutzt die Abhängigkeit ohne Skrupel zur Durchsetzung seiner Ziele aus.

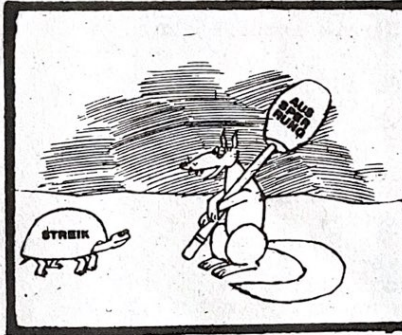
1. AUSSPERRUNG IST EIN ANGRIFFSMITTEL

Bereits zu einem Zeitpunkt als die Gewerkschaft IG Metall noch nicht einmal die Tarifverträge gekündigt hatten, viel weniger noch Forderungen aufstellten, haben die Unternehmer 1978 damit gedroht, sie würden aussperrern, wenn die Gewerkschaften nicht

auf die "Belange des Gemeinwohls" (gemeint war wohl die Gewinnsituation der Unternehmer) Rücksicht nehmen würden. So wurden dann auch von ihnen die Verhandlungen verschleppt um die faktisch bereits beschlossene Aussperrung auch durchführen zu können. Dieses Beispiel, das auch an den anderen Tarifaussinandersetzungen der Vergangenheit wiederholt werden könnte, zeigt deutlich daß es sich bei den Unternehmern nicht um ein Arbeitskämpfungsmittel handelt, das in einer konkreten Tarifaussinandersetzung als letztes Mittel zur Wahrung der eigenen Position eingesetzt wird. Viel mehr handelt es sich um ein langfristig und vorsätzlich geplantes Machtmittel, mit dem die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit, ja in ihrer Existenz getroffen werden sollen. Gewerkschaften sollten damit bewußt geschwächt werden, um soziale Auseinandersetzungen nicht mehr führen zu können.

Dies machen auch die Kosten deutlich, die sowohl die IG Metall, als auch die IG Druck und Papier, bei den letzten Arbeitskämpfen tragen mußten. Die IG Metall mußte 1978 für 80.000 Streikende, bei der Tarifaussinandersetzung im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden, ca. 130 Mio. DM aufwenden. Bei einem Beitragsüberschuß pro Jahr von ca. 40 Mio. DM bedeutet dies, daß für den Tarifabschluß in einem Bezirk die Rücklagen von über 3 Jahren aufgebraucht wurden. Streik und Aussperrung im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie hat dann am Jahresende 1978 nochmals dieselben Kosten gebracht. Die IG Druck und Papier hat der Arbeitskämpfung 1976 bei einem Jahresüberschuß von 1,86 Mio. DM und einem Gewerkschaftsvermögen von 38,5 Mio. DM Ende 1975 33 Mio. DM gekostet, davon die Hälfte für die bundesweite Aussperrung. 1978 mußte dieselbe Gewerkschaft nochmals ca. 15 Mio. DM

aufwenden, davon 12 Mio. DM für ausgesperrte Mitglieder.



-Wenn du auf deinen Panzer verzichtest, verzichte ich auch auf meine Panzerfaust!"

2. AUSSPERRUNG IST EIN MITTEL ZUR VERHINDERUNG VON SOZIALEM FORTSCHRITT.

Ohne die organisierte Arbeiterbewegung und ihren engagierten Kampf wäre der soziale Fortschritt den wir heute feststellen nicht erreicht worden. Was heute selbstverständlicher Bestandteil unseres Staates geworden ist, mußte den Unternehmern unter Streikdrohung und vielfach mit Streik, zum Teil gegen schlimmste obrigkeitliche Unterdrückung, abgerungen werden. (Achtstundentag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Alterssicherung, Schutz vor Folgen der Rationalisierung usw.) Die Aussperrung dagegen ist seit je dafür eingesetzt worden, das einzig wirksame Mittel zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten unwirksam zu machen. Erklärtes Ziel der Aussperrung ist es also sozialen Fortschritt zu verhindern.

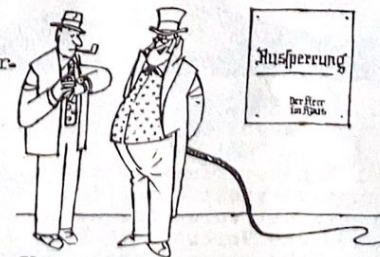
3. DIE AUSSPERRUNG HAT KEINE GRUNDLAGE IM GESETZLICHEN RECHT.

Weder das Grundgesetz noch die Länderverfassungen, weder Bundesgesetze noch völkerrechtliche Verträge schützen die Aussperrung. Sie beruht allein auf der Rechtsschöpfung des Bundesarbeitsgerichts.

4. DIE AUSSPERRUNG IST EIN "ÜBERMÄSSIGES" KAMPFMITTEL DER UNTERNEHMER.

Die Unternehmer besitzen die Macht über Einkommen und Vermögen. 1,7% der Bevölkerung verfügen über 74 % des inländischen Produktivvermögens. Alle neu erarbeiteten Werte fließen zunächst dem Kapital zu. Dies ergibt sich aus der Eigentumsordnung der Bundesrepublik. Arbeitnehmer sind also gezwungen sich fortwährend ihren Anteil in Tarifaussinandersetzungen zu holen. Dies muß notfalls mit Streik oder zumindest mit Streikdrohung geschehen. Arbeitnehmer sind also hier bereits in der unterlegenen Position.

Arbeitnehmer treten den Unternehmern aber auch als Konsumenten gegenüber. Dies verdoppelt das Ungleichgewicht, da sie als Konsumenten schutzlos der Umverteilung durch Preiserhöhungen ausgesetzt sind. Verschlimmert wird das Ganze noch dadurch, daß in weiten Bereichen durch Monopol- oder Oligopol-situationen Preise nicht mehr auf Grund von Wettbewerb entstehen, sondern allein unter Kosten- und Gewinn Gesichtspunkten festgesetzt werden. Das Bundeskartellamt hat bereits 1973 festgestellt, daß in 1.050 Produktionsbereichen die Preise ohne wesentlichen Wettbewerb festgesetzt werden.



„Was haben wir? Neunzehnhundertneunundsiebzig? Sind Sie da ganz sicher?“

Auf Grund der geltenden Eigentumsordnung, entscheiden Unternehmer auch über den Bestand oder den Fortfall von Arbeitsplätzen und damit über die materi-

elle Grundlage für die Existenz der Arbeitnehmer. Er entscheidet ohne wirkliche Mitbestimmung darüber, ob aus einem Arbeiter oder Angestellten ein Sozialleistungsempfänger wird.

Aus der wirtschaftlichen Macht und der Verfügungsgewalt ergibt sich, daß der Unternehmer ohne demokratische Legitimation zur mächtigsten gesellschaftlichen Gruppe in diesem Lande wird. Diese Macht wird auch rücksichtslos gehandhabt, wie die Vergangenheit vielfach gezeigt hat. (Drohung mit Investitionszurückhaltung, mit Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzverknappung bei angekündigten Reformen)

Dieser bereits bestehenden Übermacht der Unternehmer wird mit der Aussperrung noch ein weiteres Machtmittel hinzugefügt, das die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften außerstande setzt, wenigstens im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen Druck ausüben zu können. Damit wird das wenige an Parität bei der "Umverteilung" wieder zu nichte gemacht.



5. AUSSPERRUNG VERLETZT DIE WÜRDE DES MENSCHEN.

Das Bundesverfassungsgericht versteht unter dem Schutz der Würde des Menschen das Verbot, die Persönlichkeit eines Menschen dadurch zu mißachten, daß er als Mittel zum Zweck eingesetzt wird. Bei der Aussperrung nicht-streikender Arbeitnehmer geschieht dies aber, wenn ihnen die Arbeitsmöglichkeit genommen wird und die Lohnzahlung eingestellt wird und damit die Voraus-

setzung ihrer Existenz genommen wird, um Druck auf Streikende und die Gewerkschaften auszuüben, den Streik abubrechen.

6. AUSSPERRUNG IST EIN VERSTOSS GEGEN DAS SOZIALSTAATSPRINZIP.

Das vielgerühmte Prinzip des Sozialstaates ist ein Verfassungsgrundsatz, das den Staat und seine Organe verpflichtet, für den wirtschaftlich und sozial Benachteiligten bewußt Partei zu nehmen. Daraus resultiert auch die Tarifautonomie als ein wesentlicher Bestandteil des Arbeitnehmerschutzes. Dem Übergewicht der Unternehmer gegenüber ist es aber unmöglich, gleichgewichtig Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Interesse der Arbeiter, Angestellten und auch der Beamten zu verändern, wenn den Unternehmern gleichzeitig ein Mittel zur Verfügung steht, das das Streikrecht der Arbeitnehmer in seiner Substanz trifft, ja sogar zerstört.

Der Kampf um die Aussperrung ist also eine Auseinandersetzung um die wichtige Frage, ob Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zukünftig noch in der Lage sein werden, sich gegen die Übermacht der Unternehmer zur Wehr zu setzen, oder ob es zugelassen werden muß, daß Arbeitgeberverbände beliebig Gewerkschaftskassen plündern und freie Gewerkschaften disziplinieren können. Es ist ein

Kampf aller, der nicht nur vor den Arbeitsgerichten entschieden wird. Die Solidarität aller Gewerkschaften wird nötig sein, um Aussperrung auch gesellschaftspolitisch unmöglich zu machen.

(Walter Kuhn/2. Bevollmächtigter der IGM Göpp.)

Kontaktadresse: Kneipe "Valentin"
Damonstr. 16
7200 Tuttlingen
Tel.: Joachim (07461/73757) oder
Hans (07461/75822)

IMPRESSUM

- "göppinger blätter".
nr. 10/ Sonderausgabe
zum 1. Mai 1979

- herausgegeben von den Arbeitskreisen Lokalpolitik, Antifaschismus und "Zur Geschichte der Arbeiterbewegung" im Jugendzentrum Remise.

- Anschrift:
Postfach 631
7320 Göppingen

- Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Göppingen
Nr. 1200788802

- Redaktion (dieser Ausgabe): Günter Fuhrer, Herlinde Irsigler (v.i. S.d.P.), Ronny Straub, Thomas Weber.

- Mitarbeiter: Ulrich Fleckenstein, Walter Kuhn, Manfred Scheifele, Kollegen des OJA der IG Metall Göppingen.

- Druck: Fantasia Druck GmbH, Stuttgart

Es gäbe einige selbstkritische Punkte zu dieser Ausgabe - vor allem bzgl. der Lesbarkeit - anzumerken. Wir verschieben dies (und hoffen auf die Kritik unserer Leser) zugunsten des folgenden Aufrufs:

Kein NPD-Parteitag in Tuttlingen!

Am 6. Mai will die NPD ihren Landesparteitag in der Tuttlinger "Festhalle" durchführen. Die Forderung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" und des Stadtjugendrings nach einem Verbot wurde vom Stadtrat (CDU, SPD und Freie Wähler) zurückgewiesen. Auf Einspruch des Tuttlinger Rechtsanwalts und NPD-Bundesvorsitzenden wurde der NPD sogar die ursprünglich geforderte Kaution von 5000 Mark erlassen.

Um gegen den Parteitag vorzugehen, trafen sich am 7. März in Tuttlingen an die 50 Antifaschisten, darunter Vertreter von Amnesty International, Naturfreundejugend, ötv-Betriebsgruppen und der Antifaschistischen Arbeitskreise in Tübingen und Gammertingen.

Es wurde beschlossen, am 6. Mai eine DEMONSTRATION durchzuführen, die durch Infostände, Zeitungsartikel, Filme und Flugblätter vorbereitet wird. Alle antifaschistischen Gruppen und Einzelpersonen sind aufgerufen, sich an dieser Demonstration und ihrer Vorbereitung zu beteiligen.

Soziale Auswirkungen neuer Technologien

von
Manfred
Scheifele

Worum geht es ?

Die neue Technologie in Form der Mikroelektronik ist als Rationalisierungsinstrument in nahezu allen Bereichen der Produktion und Verwaltung anwendbar.

Waren in den 60er Jahren noch relativ empfindliche und teure Großrechner im Einsatz, so sind vor zehn Jahren sogenannte Rechner der mittleren Datentechnik entwickelt worden, die auch für kleinere Betriebe interessant wurden. Den derzeit höchsten Entwicklungsstand in der Halbleitertechnologie stellen die Mikroprozessoren dar. Dabei sind Rechenwerk und Steuerwerk eines Computers auf einer kleinen Platte ('Chip') integriert.

Für den umfassenden technischen Einsatz solcher elektronischer Steuer- und Rechenelemente spricht der damit verbundene geringe Investitionsaufwand (ein günstiger Preis/Leistungsverhältnis).

Im ersten Teil dieses Beitrags möchte ich - nach einigen Bemerkungen zum Verhältnis Rationalisierung - Arbeitslosigkeit - beispielhaft zwei Anwendungsbereiche "neuer Technologien" herausgreifen, die die Spannweite der Einsatzmöglichkeiten verdeutlichen sollen:

1. Die Büro-rationalisierung: Damit werden die Angestellten, die sich bisher in einer gegenüber dem Arbeiter bevorzugten Position glaubten, in einen ungeheuren Rationalisierungssog gerissen.

2. die Personalinformationssysteme ermöglichen die totale Kontrolle der Lohnabhängigen im Betrieb. Darüberhinaus läßt ein technisch realisierbarer Rechnerverbund mit den Großrechnern der Staatsschutzorgane Schlimmes erahnen.

Die Darstellung von Rationalisierungsmaßnahmen - etwa im Druckereigewerbe, wo der Einsatz rechnergesteuerter Textsysteme ganze Berufsgruppen überflüssig macht, in der Produktion durch numerisch-rechnergesteuerte Werkzeugmaschinen oder automatisierte Arbeitsvorbereitung, im Konstruktionsbereich durch rechnerunterstützte Verfahren, -würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Ebenso möchte ich von der Erörterung technischer Fragen absehen. Obwohl klar ist: erst eine konkrete Beschäftigung mit den technischen Eigenschaften u. Einsatzmöglichkeiten der neuen Technologie erlaubt eine fundierte Einschätzung und ermöglicht differenziertes Beurteilen.

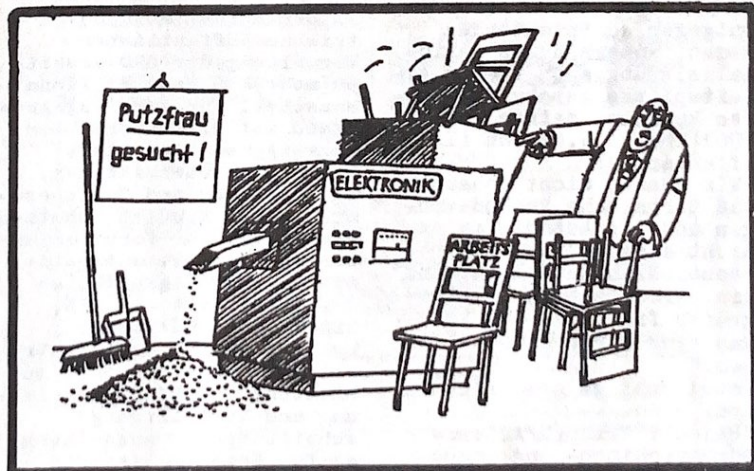
Es geht darum, den Kampf um die Kontrolle über den Gebrauch der Arbeitskraft und der Kontrolle über den Gebrauch ihrer Ergebnisse zu führen.

Dazu wird auch wichtig, eine positive Perspektive für den Einsatz moderner Technologien im Interesse der arbeitenden Menschen zu entwickeln.

RATIONALISIERUNG und ARBEITSLOSIGKEIT

"Automate or die" sagte 1955 ein Präsident der Chrysler Corporation vor einem Ausschuß des amerikanischen Kongresses.

"Automate and die" - so lassen sich die sozialen Folgen des gegenwärtigen Rationalisierungsschubs in

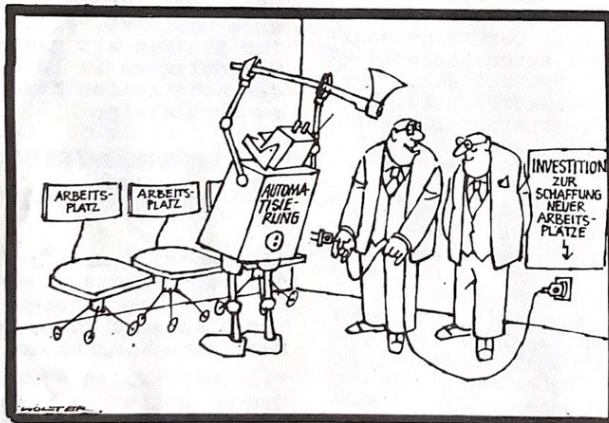


Der Abwehrkampf der von Rationalisierung Betroffenen und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Gegenmaßnahmen soll im zweiten Teil (in einer der nächsten Ausgaben der "gb") angeschnitten werden. Dabei stellt sich die Frage, wie der Weg zwischen "Maschinenstürmerei" und blindem Fortschrittsglauben verläuft.

den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften zutreffender zeichnen. Was den Unternehmern als Wundermittel zur Kostensenkung und damit zur Sicherung ihrer Position im Konkurrenzkampf erscheint, erfahren die davon Betroffenen als zunehmende Zerstörung ihrer ökonomischen, sozialen und psychischen Existenz.

"Automatisieren oder Sterben"

Technologische und organisatorische Veränderungen - eigentlich arbeitssparende Prozesse - bewirken nicht die längst mögliche und notwendige Befreiung der Menschen von alltäglicher Plackerei, sondern eine wachsende Spaltung der Gesellschaft. Die Arbeitskraft der einen wird im Arbeitsprozeß noch intensiver ausgepresst, die anderen werden "freigesetzt", d.h. in das soziale Abseits der Arbeitslosigkeit abgeschoben.



„Und nun passen Sie mal auf, was passiert, wenn ich das Ding hier einstecke“

Entgegen schönlautenden Reden, wonach durch Rationalisierung auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, meinte schon 1961 Thomas J. Watson (IBM) offenerherzig:

"Wir können nicht behaupten daß technische Veränderungen und die Automation nicht arbeitssparende Prozesse seien. Natürlich sind sie es. Sie setzen Arbeitskräfte frei. Faktisch ist das eine ihrer Hauptaufgaben." Dabei geht es erst richtig los:

"Bei der Triumph/Adler - Büromaschinen- und Computergruppe (Nürnberg/Frankfurt) ist man der Ansicht, daß für die Büromaschinen- und Computerbranche das eigentliche Wachstumszeitalter erst noch anbricht. Die Daten- und Textverarbeitung sowie Telekommunikation stehe erst am Anfang ihrer Entwicklung, ihre Möglichkeiten seien noch lange nicht ausgeschöpft und genutzt." (NWZ vom 14.4.1979)

Büro-rationalisierung

"Ziel aller Angebote ist die weitere Rationalisierung, um Leistung und Produktivität zu steigern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu erhalten. Dabei sollen bevorzugt die Rationalisierungsreserven erschlossen werden, die im Bereich mittlerer und kleiner Büros noch reichlich vorhanden sind" (Messenachrichten zur Hannover-Messe 1977)

In den Büros in Industrie und öffentlicher Verwaltung der BRD arbeiten mehr als zehn Millionen Menschen. Ihr Arbeitsgegenstand ist die Information im weiteren Sinn - ihre Erfassung, Übermittlung, Verarbeitung und Speicherung. Neuere Studien schätzen den Anteil der formalisierbaren und somit automatisierbaren Tätigkeiten an der Büroarbeit auf 25%. Die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der elektronischen Bauelemente (in Richtung auf Miniaturisierung und Verbilligung) schafft die Voraussetzungen für dezentralisierte Computersysteme und läßt die Rechner an die Arbeitsplätze vorrücken. Damit läßt sich folgendes Mißverhältnis angehen: während in den vergangenen 70 Jahren die Produktivität im Produktionsbereich durch Taylorisierung (Zerstückelung von Arbeitsprozessen in kleinste Teile) und durch Automatisierung um mehr als 1000% gesteigert wurde, erreichte

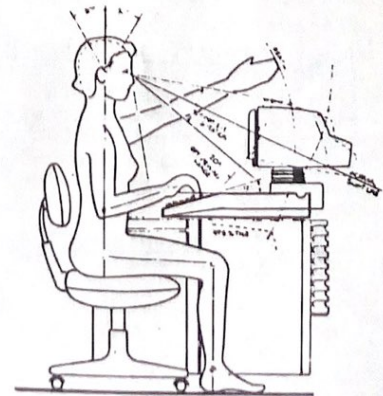
der Bürobereich im gleichen Zeitraum lediglich einen Produktivitätszuwachs von etwa 70%.

Rationalisierungsschwerpunkt: Textverarbeitung

Schon seit geraumer Zeit gibt es Ansätze zur Rationalisierung von Texterstellung durch Zusammensetzen von Briefen aus normierten Textbausteinen. Man konnte jedoch noch nicht von einer Automatisierung sprechen, wie sie in der Produktion oder im Rechnungswesen längst erfolgt ist, weil es nämlich bislang keine universell einsetzbaren Textautomaten zu einem vertretbarem Preis gab. Erst die Entwicklung und den Einsatz von Mikroprozessoren hat die Wende herbeigeführt.

Was sind Textautomaten?

Über eine normale Schreibmaschine wird einem Computer der Text eingegeben und am Bildschirm angezeigt. Dort können Korrekturen, Einfügungen, Löschungen, Verschiebungen durchgeführt werden. Fertige Texte oder Textteile können auf einer Magnetscheibe (Floppy Disk) gespeichert und jederzeit wieder abgerufen werden. Wenn der Text die gewünschte Form hat, kann er auf Knopfdruck in Schreibmaschinenqualität beliebig oft ausgedruckt werden. Briefe können im Baukastenverfahren zusammengesetzt werden. Mittels Datenfernübertragung können Textautomaten über weite Strecken Texte austauschen.



Die ideale Sekretärin

Die Folgen

In der SIEMENS - Studie "Büro 1990" wird das Rationalisierungspotential durch die Einführung von Textautomaten folgendermaßen eingeschätzt: "50 bis 70% des anfallenden Textes lassen sich durch Textautomaten verarbeiten. Insgesamt ergibt sich bei Einsatz von Textautomaten und der Einführung einer darauf abgestimmten Organisation ein maximaler Rationalisierungsspielraum von 35% der Kosten.

Auswirkung auf die Arbeitsbedingungen

Wer seinen Job nicht verliert, muß mit Monotonisierung und Intensivierung seiner Arbeit rechnen: An einem organisierten Schreibplatz wird die Schreibzeit beträchtlich verlängert, die Leistungskontrolle nimmt zu, die sozialen Kontakte zu den Kollegen nehmen ab. Aber wie sagen doch die Experten: "Durch die Entmischung in die Spezialfunktionen Schreiben und Verwalten können Menschen mit unterschiedlicher Mentalität - sinnvoll eingesetzt werden". (aus Computerwoche 40/77)

Das ist dann auch Humanisierung.

Arbeitsmediziner haben jedoch herausgefunden, daß eine acht Stunden Arbeit am Bildschirm zu Schwindelanfällen, geistigen und körperlichen Ermüdungserscheinungen, Sehstörungen und sogar Raumangst führt. So stößt denn auch die Einführung "organisierter Textverarbeitung" bei Sekretärinnen auf wenig Gegenliebe. Dagegen mobilisiert nun das Kapital sein ganzes Arsenal an Betriebssoziologie und Betriebspsychologie, denn "Akzeptanzhürden sowie preisliche und marktliche Gegebenheiten hindern die Computerunterstützte Textverarbeitung an einem Wachstum, das ihr aufgrund ihres Rationalisierungseffektes zukäme" (Diebold Management Report, August 78)

Wir haben also noch Ansatzmöglichkeiten! Die tatsächlichen Auswirkungen

en auf berufliche Stellung und Arbeitsbelastung muß offengelegt werden.

Personalinformationssystem

am Beispiel der Daimler Benz AG

Arbeitsplatzgerechte Menschen

Arbeitsplatzgerechte Menschen für menschengerechte Arbeitsplätze - ISA: Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung der Daimler-Benz AG

Ende November 1978 informierte die Werkleitung von Untertürkheim den Betriebsrat über das neue Personalinformationssystem ISA in seiner jetzigen Form. Seitens der Firma wurde dabei betont, daß dieses neue System deshalb wichtig sei, weil es dann einfacher wird, mit Hilfe des Computers leichte Arbeitsplätze für altersgesicherte und leistungsgeminderte Kollegen zu finden. Ein Betriebsrat der Hoss/Mühlisen-Liste erwiderte darauf laut "plakat": "Es ist Schuld der Firma, wenn es heute so wenige gute Arbeitsplätze gibt, daß man sie mit dem Computer suchen muß."

ISA in der Darstellung der Daimler-Benz AG

In der firmeninternen Beschreibung von ISA wird mit der "Verbesserung des Einsatzes leistungsgewandelter und älterer Mitarbeiter" auch das "Humanisierungs"-Ziel in den Vordergrund gestellt. Daß damit jedoch nur ein Teilaspekt dieses Systems angesprochen ist, zeigt die Übersicht über die Ziele, die mit der Anwendung des ISA erreicht werden sollen:

Der Datenumfang

Der Umfang der für diese Zwecke zu speichernden Daten ist beeindruckend: mehr als 220 Datenfelder sind für die "Arbeitsplatzdaten" vorgesehen, mehr als 330 Datenfelder sind es bei den "Mitarbeiterdaten". Die Daten werden zum Teil aus vorhandenen Karteien und EDV-Dateien der Arbeitsvorbereitung, der Personalverwaltung und des werksärztlichen Dienstes zusammengetragen und systematisiert.

4/78	INFORMATIONSSYSTEM ARBEITSEINSATZ UND ARBEITSPLATZPLANUNG	2
ZIELE - ÜBERSICHT -		
EINSATZ UND BETREUUNG	ARBEITSPLATZ-/PERSONALBEDARFSPLANUNG	ENTLOHNUNG
SYSTEMATISIERUNG UND OBJEKTIVIERUNG VON AUSWAHL- UND EINSATZENTSCHEIDUNGEN	ORIENTIERUNG VON ARBEITSGESTALTUNGSMASSNAHMEN UND FERTIGUNGSSTRUKTURÜBERLEGUNGEN AN PERSONELLEN BEGEBENHEITEN UND AN ARBEITSWISSENSCHAFTLICHEN ERKENNTNISSEN	VERBESSERUNG DER VERGLEICHSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE ANALYTISCHE ARBEITSBEWERTUNG
VERBESSERUNG DER BETREUUNG UND DES EINSATZES BESONDERER MITARBEITERGRUPPEN	VERBESSERUNG DER MÖGLICHKEITEN QUALITATIVER PERSONAL- UND BILDUNGSBEDARFSPLANUNG	VERBESSERUNG DER ÜBERWACHUNG DER INDIVIDUELLEN ENTLOHNUNG
VERBESSERUNG DER MITARBEITERBETREUUNG UND -FÖRDERUNG		VERBESSERUNG DER AUSWERTUNGSMÖGLICHKEITEN BEI INDAVYATVERÄNDERUNGEN
DATENORGANISATION		
VERBESSERUNG DER AKTUALITÄT UND ZUGANGSMÖGLICHKEIT		RATIONALISIERUNG DER PERSONALDATENVERWALTUNG
SYSTEMATISIERUNG UND ERGÄNZUNG DES DATENVOLUMENS		ERFÜLLUNG GESETZLICHER UND TARIFLICHER VORSCHRIFTEN

Die damit angestrebte Rationalisierung des Personaleinsatzes soll erreicht werden durch eine EDV-gespeicherte zentrale Datenbank, die das "Anforderungsprofil der Arbeitsplätze einerseits und das "Eignungsprofil" der Arbeitskräfte andererseits detailliert erfassen soll. Damit soll es möglich werden, anhand verschiedener EDV-Programme "Entscheidungshilfen" für alle im Zusammenhang mit dem Personaleinsatz anfallenden Probleme zu erstellen.

Zum Teil müssen sie neu erhoben werden, wobei für Teile der Daten aus dem Bereich der physischen und psychischen Anforderungen bzw. Eignung noch keine gesicherten Meß- bzw. Erfassungsmethoden vorliegen.

Als Beispiel für die Breite und Differenzierung, in welcher die Daten erfaßt und gespeichert werden sollen, ist auf Seite drei das Formular zur Erfassung der kör-

perlich-gesundheitlichen Mitarbeiterdaten abgedruckt. In entsprechender Detaillierung werden andererseits die Anforderungsdaten der Arbeitsplätze erfaßt.

Die Anwendung

Die Rationalisierung des Personaleinsatzes wird dadurch erreicht, daß die im Rahmen von ISA gespeicherten Daten sowohl bei individuellen Maßnahmen, wie Einstellung, Versetzung, Förderung und Einstufung, als auch bei allen Personal- und

Arbeitsplatzplanungen herangezogen werden. Darüber hinaus wird die ISA-Datenbank für statistische Auswertungen und Vergleiche, z.B. Bewertungs- und Entlohnungsvergleiche, Fehlzeitstatistiken etc. verwendet werden. Für die praktische Arbeit mit dem System sollen den Personalbearbeitern Bildschirmgeräte zur Verfügung stehen, auf denen sie zu jeder Zeit alle Daten eines Arbeitsplatzes bzw. Mitarbeiters und alle Arbeitsplätze bzw. Mitarbeiter mit vorgegebenen gemeinsamen Merkmalen abrufen können. Darüber hinaus sind eine ganze Reihe laufender Listenausdrucke vorgesehen, die entsprechend dem sich ergebenden Bedarf erweitert und

ergänzt werden können.

Bereits im Frühjahr 1977 begann mit Zustimmung der Betriebsrats-Mehrheit eine erste Erprobung des Systems an 150 ausgewählten Arbeitsplätzen, damals mit dem Schwerpunkt Arbeitsplatzdaten und unter dem Namen "Arbeitsplatzplanungssystem". Im November 1978 hat der Gesamtbetriebsrat einer probeweisen Einführung des Formulars "körperlich-gesundheitliche Mitarbeiterdaten" im Werk Untertürkheim zugestimmt. Nach der Planung der Geschäftsleitung soll das System zwischen April und Dezember 1979 eingeführt werden.

aus: "express-arbeitsmaterial" märz 1979

zur Geschichte des 1. Mai

1. Mai-Was ist denn das?

Wenn wir heutzutage "1. Mai" hören denken wir zuerst an Saufen, Schwofen und "Garten-tür-la aushängen". Für uns ist der 1. Mai eben ein Feiertag, wie jeder andere auch. Ob Weihnachten, Ostern oder 1. Mai - das ist doch alles dasselbe, stimmt das?

Die Entstehung des 1. Mai

Der 1. Mai 1890 sieht in den meisten europäischen Industriestädten die Massen der demonstrierenden Arbeiter auf den Straßen: 50 000 demonstrieren in Budapest, 10 000 in Warschau, etwa 200 000 legen in Deutschland die Arbeit nieder, in Paris, London und in Spanien finden große Demonstrationen und Kundgebungen statt. Bevor es 1890 zum ersten Mal zu diesem weltweiten Kampftag der Arbeiterklasse kommt, hat das Proletariat bereits eine lange Geschichte des Kampfes gegen die Kapitalisten hinter sich.

Die Anfänge der Arbeiterbewegung

Der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie beginnt mit der industriellen Entwicklung und mit der Ent-

stehung des Proletariats. Am Anfang ist der Widerstand noch unorganisiert und zersplittert. Die Arbeiter zertrümmern die Maschinen, denen sie die Schuld ihres Elends anlasten, sie setzen Betriebe in Brand und erschlagen Direktoren und Verwalter.

In Deutschland beginnt die selbstständige Arbeiterbewegung in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts heranzureifen. Die erste proletarische Organisation ist der im Jahre 1836 gegründete "Bund der Gerechten". Mit der wachsenden Industrialisierung und der gleichzeitig zunehmenden Zahl der Arbeiter begriffen diese, daß nur eine Organisation, die die Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampf führt, erfolgreich ihre Interessen vertreten kann. Es entstehen zunächst Gewerksvereine oder Gewerkgewerkschaften. Daraufhin verbot die herrschende Klasse den Arbeitern, sich zu organisieren. Die gewerkschaftlichen Organisationen in England wurden 1824 als erste legal. Um 1848 entstanden auch in Deutschland die ersten gewerkschaftlichen Vereinigungen, allerdings noch mit starken zünftlerischem Charakter. Sie gingen meistens nach verlorenen Kämpfen und durch das brutale

Eingreifen der Polizei zu Grunde. Trotzdem wurden immer wieder neue Gewerkschaftsorganisationen gegründet, die sich langsam festigten.

Die Arbeiterklasse schuf sich mit den Gewerkschaften ihre eigene Klassenorganisation, um die Konkurrenz der Arbeiter untereinander auszuschalten. Die vielen lokalen Kämpfe durch die Gewerkschaften zusammengefaßt erhielten immer mehr den Charakter des Klassenkampfes. Die westeuropäischen Gewerkschaften hatten mehr oder weniger den Weg des nurgewerkschaftlichen Kampfes eingeschlagen und hielten sich den allgemeinen sozialen und politischen Bewegungen fern. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne den Kampf bis zur Beseitigung des kapitalistischen Systems selbst zu führen.

Diese Auffassung wurde z.B. in Deutschland noch dadurch bestärkt, daß der 1863 unter Führung Lassalles gegründete, Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, als politische Organisation die Bildung gewerkschaftlicher Organisationen nicht unterstützte. Die 1869 in Eisenach von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegrün-

dete Sozialdemokratische Arbeiterpartei unterstützte wohl die Gewerkschaften, aber trotzdem erkannten diese die führende Rolle der Partei nicht an, sondern bemühte sich sogar, die Partei auf den nurparlamentarischen Kampf zu beschränken. Bis 1875 war die politische Arbeiterbewegung in die zwei Parteien aufgespalten.

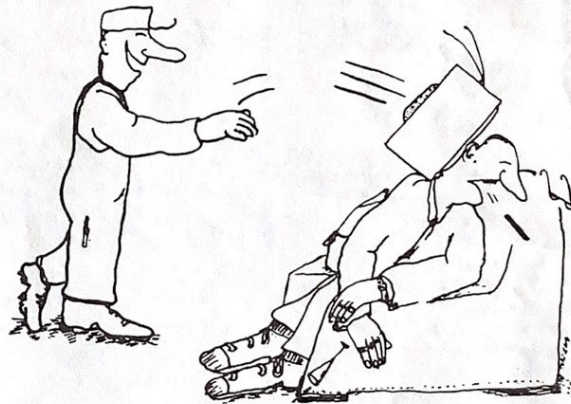
Der Gedanke des 1. Mai

1878 verabschiedete der deutsche Reichstag das reaktionäre Sozialistengesetz das die SPD verbietet. Aber trotz Verfolgungen und Polizeiterror, trotz Einsatz von Militär gegen Streikende kann die Arbeiterbewegung nicht geschlagen werden, unter dem Knebel dieses Gesetzes erstärkt und wächst die soziale Bewegung. Der machtvollste Streik des 19. Jahrhunderts versetzte dem Sozialistengesetz den letzten Stoß, im Mai 1889 streiken im Ruhrgebiet 90 000 Bergarbeiter, ihnen schließen sich zeitweilig 60000 Bergleute aus dem übrigen Deutschland an. 1890 wird das Sozialistengesetz wieder aufgehoben. In ihrem Streik fordern die Arbeiter die 8-Stunden-Schicht, 15% Lohnerhöhung, Beseitigung der Lohnabzugssysteme und bessere Arbeitsbedingungen. Ähnliche Streiks sind in mehreren Ländern, so auch in den USA, an der Tagesordnung. Die Kämpfe der Arbeiterklasse erreichen ihren Höhepunkt im Kampf für den 8-Stunden Tag.

Ein Abkommen über den 8-Stunden Tag erkämpft sich das australische Proletariat bereits 1856 und begeht den 1. Mai desselben Jahres als gesetzlichen Feiertag. In Amerika feiern die Gewerkschaften am 1. Mai Feste und Bälle. Zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist dieser Arbeitertag - "Labour Day" traditionsgemäß der Tag, an dem die Arbeits- und Mietverträge erneuert werden. Doch mit zunehmender Zahl der Industrialisierung, wachsender Zahl der Arbeiter und ver schärfter Ausbeutung verwandelt sich der 1. Mai in den USA bald

vom Festtag zum Kampftag. Auf Beschluß der Dachorganisation der Gewerkschaften steht vom Jahre 1884 an der Kampf um den 8-Stunden Tag im Mittelpunkt. Er soll am 1. Mai 1886 in allen Industriegebieten durchgesetzt werden. Doch diese Forderungen stoßen auf härtesten Widerstand der Kapitalisten, in deren Betrieben die Arbeiter nicht selten bis zu 14 Stunden am Tag schuften müssen.

Am 1. Mai 1886 demonstrieren 360 000 Arbeiter in Chicago, wo es in der Nähmaschinenfabrik Mc Cormick zu einer Auseinandersetzung zwischen streikenden Arbeitern und von der Bourgeoisie eingesetzten Streikbrechern kommt.



Die Arbeiterklasse erkämpft sich den 1. Mai

Am 18. Juli 1889 treten in Paris die Delegierten der sozialistischen Arbeiterorganisation der ganzen Welt zum Gründungskongress der zweiten Sozialistischen Internationale zusammen. Die Arbeiter internationale wird wieder aufgerichtet: von französischen, österreichischen und amerikanischen Gewerkschaftlern wird folgender Antrag am Ende des Kongresses eingebracht:

1. Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Kundgebung zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderungen richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses

von Paris durchzuführen. 2. In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. 3. In jedem Lande sollen die Arbeiter die Kundgebung in der Weise veranstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse ihres Landes ermöglichen. Dieser Antrag erhält die Stimmen fast aller Delegierten, und damit ist der 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeiterklasse begründet.

Bereits auf dem Kongress, aber besonders in den Jahren danach entwickeln sich heiße Diskussionen über die Frage der Arbeitsruhe (Streik) am 1. Mai als Mittel des proletarischen Klassenkampfes entzündeten sich immer wieder die Auseinandersetzungen. Der Kampf um die Mai-Feier innerhalb der Arbeiterklasse ist besonders ausgeprägt in Deutschland. Reformistische Strömungen sehen den 1. Mai als Festtag oder wollen ihn gänzlich abschaffen, während der klassenbewußte Arbeiter den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse durchsetzen will, an dem die Arbeiter die Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen auf die Straße tragen. Am 1. Mai 1890 feiert die Arbeiterklasse weltweit ihren ersten internationalen Kampftag. Obwohl die Durchführung uneinheitlich ist, zeigen

die Demonstrationen die Kraft des internationalen Proletariats. Der 1. Mai wird der Arbeiterklasse nicht geschenkt, sie muß hart gegen die Bourgeoisie kämpfen, die den 1. Mai unter allen Umständen verhindern will. Doch die Arbeiter lassen sich weder durch Zureden noch durch Drohungen davon abbringen, am 1. Mai, die Arbeit ruhen zu lassen. In Deutschland ist die Bourgeoisie und ihre Regierung entschlossen, den 1. Mai nicht stattfinden zu lassen. Mit Entlassungen drohen die Unternehmer jedem, der am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheint. Trotz der harten Auseinandersetzungen in der Frage der Arbeitsniederlegungen in Partei und Gewerkschaft erkämpfen sich an vielen Orten die Arbeiter die Arbeitsruhe am 1. Mai. In der ganzen Welt versuchen die Regierungen und die Kapitalisten, mit Verboten und Waffengewalt, mit Aussperrungen und mit Kündigungen den 1. Mai zu verhindern. Als Reaktion auf die wachsenden Klassenkämpfe, die am 1. Mai ihren Ausdruck finden, schließt sich die Bourgeoisie zunehmend in Verbänden zusammen. Das häufigsten angewandte Kampfmittel der Kapitalisten ist, seit Entstehung des 1. Mai die Aussperrung. Doch der Bourgeoisie gelingt es nicht, die Idee des 1. Mai in der Arbeiterklasse auszulöschen. Im Gegenteil, je größer die Ausbeutung und Unterdrückung, desto kampfbewußter trägt die Arbeiterklasse ihre Forderungen am 1. Mai auf die Straße.

Der 1. Mai auf die Straße oder ins Grüne

Begeistert von der weltweiten Kraft und Wirkung des 1. Mai 1890 beschließen viele Arbeiterparteien und Gewerkschaften den 1. Mai zu einer dauerhaften Einrichtung zu machen. So schreibt die Wiener Arbeitserzeitung schon am 30. Mai 1890: Der 1. Mai 1890 ist in jeder Richtung hin gelungen, noch besser wird der nächste Mai gelingen. Auf dem nächsten Kongress

der 2. sozialistischen Internationale in Brüssel 1891 wird schließlich der 1. Mai als gemeinsamer Festtag der Arbeiter, der jedes Jahr gefeiert wird, beschlossen.

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,
alles zu werden, strömt zuhauf!
Völker, hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte!
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!
Völker, hört ...

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein;
unser Blut sei nicht mehr der Roben
und der nächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!
Völker, hört ...

Auf dem Kongress entwickelt sich erneut die Auseinandersetzung, an welchem Tag genau und in welcher Form der 1. Mai begangen werden sollte. Deutsche und englische Führer der Sozialdemokratie wollen den 1. Mai jeweils auf den Sonntag danach verlegen. Sie halten eine Arbeitsruhe am 1. Mai für unmöglich, weil es durch solche, unnötigen Aktionen zu Konflikten mit der Staatsgewalt kommen könnte. Im Gegensatz dazu setzen sich auf dem Kongress die Österreicher und Franzosen für die allgemeine Arbeitsruhe in allen Ländern ein. Der Kampf um die Maifeier wird in den Arbeiterparteien, in den Gewerkschaften und auf den internationalen Arbeiterkongressen auch in den folgenden Jahren fortgesetzt.

Der 1. Mai ist von da an ein Spiegel der Zeiten. Zur Jahrhundertwende-Abertausende auf der Straße, obwohl das damals Streik war. Die Arbeiter bezahlten mit Aussperrung, Verlust der Arbeit, oder gar wie am Blutmai 1929 mit dem Leben, Verwundung oder Verhaftung. Unsere Ur- und Großväter haben sich diesen Tag bitter erkämpft. Unter dem Naziregime 33-45 wird der 1. Mai vom Kampftag der Arbeiterklasse zum Tag der Arbeit, den Arbeiter gemeinsam mit ihren Unternehmern feiern mußten. Nach 45 wurde der ursprüngliche Sinn des 1. Mai immer mehr verwässert. Aus dem Kampftag wurde ein "Weltfeiertag der Arbeit", Kundgebungen fanden bestenfalls im Saal statt. In den letzten Jahren findet jedoch verstärkt wieder Demonstrationen statt - mit wachsender Teilnehmerzahlen. Demonstrationen, wo die Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen für die sie das ganze Jahr über kämpfen, auf die Straße tragen. Auch im Jahre 1979.